

---

## **Industrie- und Handelskammer zu Koblenz**

---

### **Energiepolitisches Grundsatzpapier**

# **Wettbewerbsfähige Energieversorgung langfristig sichern**

## **Eckpunkte für eine zukunftssichere Energiepolitik für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz**

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist elementare Voraussetzung für Produktion, Wachstum und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherheit sind neben dem Umweltschutz gleichberechtigte Belange einer nachhaltigen Entwicklung. Daher ist ein schlüssiges energiepolitisches Konzept, das die ökonomisch-soziale und die ökologische Dimension gleichrangig beachtet, dringend notwendig.

Durch den hohen Anteil energieintensiver Industrien in Rheinland-Pfalz beeinflussen die Energiepreise überdurchschnittlich die regionale Standortentwicklung: Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung liegt hier mit über 26 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von ca. 23 Prozent. Darüber hinaus steht die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz mit einer Exportquote von ca. 50 Prozent verstärkt im internationalen Wettbewerb und wird überproportional durch steigende Energiepreise belastet. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Exportquote liegt in Deutschland bei ca. 44 Prozent<sup>1</sup>.

Die Bundesregierung hat erklärt, den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien beschleunigen zu wollen. Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat sich ebenfalls hohe Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien gesteckt und will Rheinland-Pfalz zum Stromexportland weiterentwickeln. Dies stellt die Sicherheit der Stromversorgung in Rheinland-Pfalz auf eine harte Probe. Das Risiko von Stromausfällen wird deutlich zunehmen<sup>2</sup>. Zudem werden die Kosten der Stromversorgung in den nächsten Jahren weiter steigen, von einem ohnehin hohen Niveau aus. Dies führt insbesondere für mittelständische Unternehmen zu Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Wettbewerb.

Es liegt nun in der Hand der Politik, gemeinsam mit den Akteuren auf dem Energiemarkt dafür zu sorgen, die Chancen der Energiewende zu nutzen, die Kosten möglichst niedrig und die Stabilität der Versorgung auf hohem Niveau zu halten.

Fakt ist: Die geplante Energiewende stellt eine extreme Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Bürger dar.

---

<sup>1</sup> Quellen: Statisches Bundesamt und Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Daten für das Jahr 2010

<sup>2</sup> Quelle: u. a. Bundesnetzagentur, Fortschreibung des Berichts der Bundesnetzagentur zu den Auswirkungen des Kernkraftwerks-Moratorium (26. Mai 2011)

Durch Beschluss der Vollversammlung der IHK Koblenz vom 21.09.2011 wird dieses Papier zur Grundlage der IHK-Arbeit, z. B. für Stellungnahmen zur Äußerung des Gesamtinteresses der gewerblichen Wirtschaft im Gebiet der IHK Koblenz.

### Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz kann einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten und ein kostengünstiger Weg zur Verringerung von Treibhausgasemissionen sein. Zudem entspricht sie dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz der Optimierung. Die deutsche Wirtschaft hat bisher ihre Energieeffizienz kontinuierlich gesteigert und wird dies auch weiterhin tun. Da ein Eigeninteresse besteht, kann auf Vorschriften zur Energieeinsparung weitgehend verzichtet werden.

Die Annahmen der Bundesregierung zur Stromeinsparung im Energiekonzept 2010 waren mehr als optimistisch. Bisher konnte der Stromverbrauch, abgesehen vom Krisenjahr 2009, konstant gehalten, aber nicht signifikant gesenkt werden. Zudem sollen durch Forcierung der Elektromobilität weitere Stromverbraucher hinzukommen.

#### Standpunkte:

- Die Erhöhung der Energieeffizienz ist ein wichtiger Baustein der Energiewende.
- Neue Energieeffizienztechnologien bieten Chancen für Anbieter und Nutzer dieser Technologien. Sie führen zur Modernisierung der Produktion und eröffnen Exportchancen.
- Der Strombedarf wird nicht so stark sinken, wie politisch gewollt. Die Politik ist daher gut beraten, einen realistischen Stromverbrauch als Element ihres Energiekonzepts zugrunde zu legen.
- Wenn Energieeffizienzmaßnahmen trotz schnellem Return-of-Invest nicht genutzt werden, liegt dies an Informationsbarrieren oder fehlendem Kapital. Die IHK-Organisation lebt deshalb mit der Bundesregierung eine Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation.
- Vielen Unternehmen fehlen im betrieblichen Alltag Zeit und Wissen, um moderne Effizienzmaßnahmen kontinuierlich umzusetzen. Die IHK Koblenz trägt durch Beratung, Weiterbildungen und fachliche Veranstaltungen dazu bei, die Kompetenz der Unternehmen im Bereich Energieeffizienz zu erhöhen. Das Engagement unserer Unternehmen zeigt bereits Wirkung, sie wirtschaften immer energieeffizienter.
- Bewährt haben sich die Beratungen im Rahmen des KfW-Sonderfonds Energieeffizienz, Energieeffizienznetzwerke und die Weiterbildung zum EnergieManager (IHK).
- Energiemanagementsysteme werden von immer mehr Unternehmen eingeführt.
- Intelligente Netze und Steuerungssysteme bergen ein enormes Lastmanagementpotential. Für ein betriebsinternes Lastmanagementsystem sollten Anreize geschaffen werden, dies gilt auch für intelligente Stromzähler und Signalgeber/-empfänger.
- Unternehmen, die ihre Stromfixkosten nach einem 12 Monats-Höchstwert zahlen, werden 11 Monate lang kaum besondere betriebsinterne Maßnahmen zur Dämpfung der Spitzenlast treffen.

### **Forderung:**

- Bestehende Programme zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz sind von unabhängigen Instituten zu validieren und die besten stärker zu vermarkten.
- Zusammen mit der Wirtschaft sind Projekte anzustoßen, um die Kraft-Wärme-Kopplung in Industrieanlagen auszubauen.
- Zusammen mit der Wirtschaft sind neue Konzepte für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Unternehmen zu entwickeln.
- Den Unternehmen sollten weniger finanzielle Mittel über Energiesteuern und -abgaben entzogen werden, wenn diese Mittel im Unternehmen in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz investiert werden.
- „Energieeinsparung“ durch Produktionsverlagerung ins Ausland muss vermieden werden.

### Wettbewerb, Preise, Steuern und Abgaben

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sehen kaum Vorteile des Energiebinnenmarktes – im Gegenteil: Die Klagen der Unternehmen über stetig steigende Rechnungen nehmen zu. Die durch die eingeleitete Marktliberalisierung gewonnenen Effizienzsteigerungen dürfen nicht durch eine Re-Kommunalisierung verspielt werden. Eine Aushebelung des Subsidiaritätsprinzips „Markt vor Staat“ würde privatwirtschaftliche Unternehmen verdrängen, Wettbewerb sowie Innovationen erschweren und zu einer ineffizienten Versorgung von Unternehmen und Bürgern führen.

Preistreibend wirkt zudem der unkoordinierte Einsatz von Ökosteuer, Emissionszertifikatehandel sowie der Förderung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. Experten errechnen beispielsweise staatlich induzierte Lasten auf den Stromverbrauch von etwa 17 Mrd. Euro<sup>3</sup> im Jahr 2010, mit steigender Tendenz! Die Abnahmeverpflichtungen der erneuerbaren Energien schränken den Wettbewerb auf dem Erzeugermarkt immer weiter ein.

Nach Ankündigung des Atommoratoriums nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima sind die Strompreise für Gewerbekunden an der Leipziger Strombörse um etwa 14 Prozent gestiegen. Viele Unternehmen rechnen mit weiter steigenden Preisen. Für manche Unternehmen haben die Strompreise inzwischen eine standortgefährdende Höhe erreicht. Zudem ist Deutschland vom Stromexportland zum Stromimportland geworden.

#### Standpunkte:

- Sondertarife für stromintensive oder im globalen Wettbewerb stehende Unternehmen sind notwendig. Wettbewerbsfähige Strompreise sind für Unternehmen im internationalen Wettbewerb unverzichtbar.
- Die Schaffung des europäischen Marktes für Energie darf nicht durch ständige Intervention des Staates konterkariert werden. Strom soll am Markt frei gehandelt werden und durch im Wettbewerb gebildete Preise europaweit zur Verfügung stehen. Von dieser Idee entfernt sich der deutsche Strommarkt immer mehr. Der Strommarkt in Europa besteht nach wie vor aus nationalen Märkten, ebenso der Gasmarkt. Bei der Umsetzung eines durch Wettbewerb geprägten EU-Energiebinnenmarktes bestehen erhebliche Defizite.
- Wir sehen die Notwendigkeit einer Anschubfinanzierung für erneuerbare Energien (zur Gewinnung von elektrischer Energie, Wärme und Kraftstoffen), aber diese Markteinführungshilfen dürfen die Anbieter nicht langfristig vom Wettbewerb abschotten.
- Durch die gestiegenen Erdöl- und Erdgaspreise sind in etlichen „Wärme-Anwendungen“ erneuerbare Energien bereits heute wettbewerbsfähig. Sinnvoll ist die Erhöhung der Markttransparenz durch Sensibilisierungskampagnen.
- Zur Entlastung von Abgaben auf Strom und Gas setzt sich die IHK Koblenz für eine Abschaffung der Konzessionsabgabe ein. Energie- und Kfz-Steuer, die Lkw-Maut sowie die Zwangsbeimischung voll besteuert Biokomponenten verteuern die Mobilitätskosten in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten. Deshalb muss dringend geprüft werden, mit welchem Instrumentenbündel die angestrebten energie- und umweltpolitischen Ziele zu den geringst möglichen Kosten erreicht werden können.

---

<sup>3</sup> Quelle: BDEW, Konzessionsabgabe: ca. 2 Mrd. Euro, KWKG-Gesetz: ca. 0,5 Mrd. Euro, EE-Gesetz: ca. 8 Mrd. Euro, Stromsteuer: ca. 6 Mrd. Euro.

## Energiepolitisches Grundsatzpapier der IHK Koblenz

- Das Energierecht bedarf weiterer marktwirtschaftlicher Prinzipien.
- Die eingeleitete Energiewende hin zu 100 % erneuerbarer Energie führt zunächst zu steigenden Preisen.
- Frei handelbarer nicht subventionierter Strom aus erneuerbaren Quellen kann neue Anbieter auf den Markt bringen und so zur Intensivierung des Wettbewerbs der Stromproduzenten führen.

### **Forderung:**

- Die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden, insbesondere bei Fragen grenzüberschreitender Netzinfrastruktur, ist zu verstärken. Die Kapazitäten der grenzüberschreitenden Koppelstellen sind dringend zu erweitern.
- Der Wettbewerb in den Strom- und Gasmärkten ist konsequent durchzusetzen und zwar EU-weit. Auf staatliche Zwangsquoten für bestimmte Energien sollte verzichtet werden.
- Marktanzreizprogramme oder andere Subventionen müssen verbindlich befristet sein.
- Innerhalb der EU sollten die Fördersysteme der einzelnen Mitgliedstaaten wesentlich besser abgestimmt sein, um das Potenzial für erneuerbare Energien effizient auszuschöpfen. Deutlich voneinander abweichende Fördersysteme führen zur Errichtung von Anlagen an suboptimalen Standorten, wie beispielsweise Solaranlagen in Gebieten mit geringer durchschnittlicher Sonnenscheindauer.
- Die Politik muss sich auf die Rahmensetzung einer besseren Ordnungspolitik beschränken und von „planwirtschaftlichen“ Vorgaben absehen.
- Die Steuer- und Abgabenlast auf die Energie sollte tendenziell gesenkt werden, damit die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie nicht mit zusätzlichen Kosten belastet wird.
- Die staatlich festgesetzten Preise für die Einspeisung von Strom müssen kontinuierlich auf ihre Berechtigung überprüft und möglichst bald durch die Preisbildung im Markt ersetzt werden. Soweit und solange der staatliche Anteil am Strompreis nicht gesenkt werden kann, müssen für stromintensive Unternehmen – wie bisher schon – Sonderregelungen gelten – zum Beispiel Ausgleichsregelungen nach Erneuerbare Energien Gesetz, Spitzenausgleich bei der Stromsteuer. Diese Sonderregelungen sind so auszugestalten, dass Härtefälle vermieden und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen einbezogen werden.

### Versorgungssicherheit, Energienetze und Speicher

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist auf eine langfristig sichere Energieversorgung angewiesen. Schon kurze Spannungsunterbrechungen im Elektrizitätsnetz oder Engpässe bei den Gas- und Öllieferungen können enorme volkswirtschaftliche Schäden und noch größere betriebswirtschaftliche Verluste bei betroffenen Unternehmen verursachen. Die Abhängigkeit von importierten Energieträgern (Öl und Gas) aus Krisenregionen sollte deshalb reduziert werden; ein breiter Energiemix ist anzustreben.

Die Politik hat den geeigneten Rahmen zu setzen, damit zum Zeitpunkt der endgültigen Abschaltung der Kernkraftwerke die neue Infrastruktur für eine gesicherte, umweltfreundliche Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen tatsächlich verfügbar ist.

Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung soll die Off-Shore-Windenergie wesentliche Teile des Strombedarfs decken. Darin liegt ein technisches und wirtschaftliches Risiko. Es zeigt sich durch die Tatsache, dass rund 30 erteilte Genehmigungen zur Errichtung von Off-Shore-Windparks derzeit nicht in Anspruch genommen werden. Derzeit laufen Off-Shore-Windparks in Deutschland nur in der Testphase.

#### Standpunkte:

- Den Akteuren auf dem Energiemarkt fehlt eine langfristige Planungssicherheit.
- Völlig unklar ist, wie Deutschland ohne Nutzung der Kernenergie die international vereinbarten Klimaschutzziele zur CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung sowie eine Verringerung von importierten Energieträgern erreichen will.
- Gerade die notwendigen Investitionen in der Energiewirtschaft brauchen Verlässlichkeit und Stetigkeit der Politik. Es reicht nicht aus, den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschließen. Wer aussteigt, muss ein klares und machbares Einstiegskonzept haben.
- Unklar ist, wer künftig in Kraftwerkskapazitäten größeren Ausmaßes investieren soll.
- Die für eine weitgehende Versorgung aus erneuerbaren Quellen erforderliche Infrastruktur (Netze/Speicher) muss entschlossen ausgebaut werden.
- Wir brauchen ausreichende Flexibilität beim Natur- und Artenschutz und viel Information und Transparenz bei allen, die ein Interesse an einem schnellen Ausbau der Infrastruktur haben. Notwendig ist eine Mobilisierung aller an einer sicheren und bezahlbaren Stromversorgung Interessierten – gerade in der mittelständischen Wirtschaft. Nur so kann es gelingen, dass alle Interessenlagen eine öffentliche Stimme bekommen und sich an der Diskussion über erforderliche Trassen und Speicher ergebnisorientiert beteiligen. Die Industrie- und Handelskammer Koblenz wird ihren Beitrag dazu leisten.

#### Forderung:

- Die energiepolitischen Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass Rechtssicherheit für notwendige Investitionen in Netze und Speicher gewährleistet ist.
- Die Politik ist gefordert, schnellstmöglich ein schlüssiges Energiekonzept auf den Weg zu bringen, mit dem der energieintensive industrielle Kern der Wirtschaft am bestehenden Standort gesichert und ausgebaut werden kann.
- Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele, auf die sich die Bundesregierung auch international verpflichtet hat, brauchen wir neue Kraftwerke, die die abgeschalteten

Kernkraftwerke ersetzen, mit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen harmonisieren und die Treibhausgasbilanz Deutschlands nicht über Gebühr belasten.

- Die Bundesregierung setzt beim beschleunigten Weg in die Erneuerbaren Energien auf Technologien, die sich teilweise noch in der Erprobung befinden, wie etwa Off-Shore-Windanlagen. Investitionen in diese neuen Windparks sind besonders risikobehaftet. Die Politik ist aufgefordert, Pläne für Ausfallszenarien zu entwickeln, die stets die Versorgung der Unternehmen sicherstellt.
- Energiepolitische Rahmenbedingungen sollten nicht nur für die großen Energieversorger passend gesetzt werden. Durch Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung entsteht Wertschöpfung in den Regionen und eine Stabilisierung der Netze. Es ist ein „Blumenstrauß“ an Initiativen notwendig, der zu mehr Wettbewerb im Energiemarkt führt.
- Es ist zu prüfen, inwieweit ein Kraftwerkskapazitätsmarkt geschaffen werden muss.
- Der Ausbau der nicht ausreichenden Netz- und Speicherkapazitäten muss erheblich beschleunigt werden. Jenseits des Aspektes der Investitionsbereitschaft stellt sich die Herausforderung, die notwendigen Großinvestitionen in der gebotenen Geschwindigkeit zu realisieren.



### Stromerzeugung

Die Unternehmen brauchen einen breiten Energiemix in der Stromerzeugung und einen Energiekonsens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Eine verlässliche und stetige Energiepolitik tut Not. Dieses umso mehr, als die Rahmenbedingungen in anderen Staaten als verlässlicher empfunden werden. Hier sollte die Politik schnell Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

#### Standpunkte:

- Wer in Deutschland unternehmerisch investieren will, muss sich darauf verlassen können, dass die Stromversorgung nachhaltig gesichert ist und Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen bereitgestellt werden kann. Unsicherheiten in diesen Fragen wirken sich schädlich auf die Investitionsbereitschaft der Industrie, vor allem im Mittelstand, aus.
- Technologiebegründete Vorgaben und Einschränkungen werden von den Unternehmen abgelehnt.
- Einseitige, staatliche Zielfestlegungen zu Gunsten oder zu Lasten einzelner Energieträger höhlen den Wettbewerb aus und ersetzen Wettbewerbsprozesse zunehmend durch staatliche Zentralplanung. Staatliche Energieträgerverbote einerseits und dauerhafte Subventionen andererseits führen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Zusatzkosten, die sich über höhere Energiepreise oder steigende Steuern und Abgaben negativ auf die Standortqualität auswirken.
- Große Unternehmen denken zunehmend über Eigenerzeugung von Strom nach. Dies könnte zu einem Schub bei der Kraft-Wärme-Kopplung führen.
- Unternehmen sehen in der Entwicklung von innovativen Stromerzeugungstechnologien neue Geschäftsfelder die zudem große Exportchancen bieten.

#### Forderung:

- Die Politik muss den Unternehmen freie Wahl bei den Energiequellen lassen. Dabei ist weitestgehend den Marktteilnehmern die Entscheidung über den Technologie- und Energieträgermix zu überlassen.
- Bei allen politischen Vorgaben, welche die Stromerzeugung betreffen, ist stets die Kosteneffizienz zu berücksichtigen. Beispielsweise ist es bei Off-Shore-Windkraftanlagen wesentlich kostengünstiger auf küstennahe Standorte zu setzen, anstatt sie preistreibend weit entfernt vom Festland zu planen, was den Ruf nach höheren Subventionen zwangsläufig zur Folge hat. Im Binnenland dürfen beispielsweise Standorte für Windkraft nicht automatisch wegen FFH etc. von der Nutzung ausgeschlossen werden.
- Die energiepolitischen Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass Rechtssicherheit für notwendige Investitionen in Kraftwerke gewährleistet ist.
- Es ist ein Gleichgewicht zwischen dem weiteren Ausbau der fluktuierenden Stromerzeugung (Wind/Sonne) und dem Ausbau der Netze/Speicher anzustreben, damit eine kostenträchtige Abschaltung der Anlagen aufgrund von zuviel Wind oder Sonne minimiert werden kann.

### Energieforschung

Nicht nur im Strombereich, sondern auch im Treibstoff- und Wärmebereich müssen in Zukunft mehr umweltfreundliche Technologien – von kostengünstigen und qualitativ hochwertigen Biokraftstoffen bis zum Wasserstoff – zur Auswahl stehen. Forschung und Entwicklung in all diesen Wissenschaftsfeldern ist von elementarer Bedeutung für die Wissensführerschaft der deutschen Industrie.

#### Standpunkte:

- Energiespeicher, intelligente Netze und Effizienztechnologien sind Schlüsseltechnologien, die den Förderschwerpunkt bei der Energieforschung bilden sollten.
- Wissenschaftliche Grundlagen und neue Technologien, die ohne Denkverbote und Ideologien erarbeitet wurden, sind für die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft von hoher Wichtigkeit.

#### Forderung:

- Der Staat muss mehr Haushaltsmittel für die Energieforschung bereitstellen und den industriellen Mittelstand stärker in diese Forschungsförderung einbeziehen.
- Bei der Energieforschung darf keine Beschränkung auf einzelne Technologien und Energiequellen erfolgen.